

Vorlage
an den
Rat
über den
Ausschuss für Jugend, Familie, Schule
und Soziales
und den
Verwaltungsausschuss

Errichtung eines Jugendparlaments

Am 26.05.2011 fand in Hannover die Fachtagung des Niedersächsischen Landesamtes für Soziales, Jugend und Familie zum Thema „Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Rückblick und Perspektiven“ statt. Auf den entsprechenden Veranstaltungshinweis der Verwaltung an die Herren Fraktions- und Gruppenvorsitzenden vom 29.04.2011 wird entsprechend Bezug genommen.

Auszüge aus den gehaltenen Vorträgen sind dieser Vorlage als weitere Diskussionsgrundlage beigelegt.

Es wird um Kenntnisnahme und Beratung gebeten.

gez. Eisermann

(Eisermann)

Anlagen

Kinder- und Jugendbeteiligung durch Jugendforen



... Mitwirkung (er)leben!

Stadt Nordhorn

53.000 Einwohner, Kreisstadt mit eigenem Jugendamt,
Grenzstadt zu den Niederlanden , steigende
Einwohnerzahlen durch Zuzüge

- erheblicher Strukturwandel von der Textilindustrie mit wenigen großen Firmen hin zu vielfältigen zahlreichen kleinen Gewerbebetrieben/produzierend sowie Dienstleistungsunternehmen
- Wasserstadt.....Wohnen Tourismus
- sozialräumliche Sozial- und Jugendhilfeplanung, kreisweit

1998 Moderatorenausbildung Stadtjugendpfleger

1999 bis 2003 punktuelle
Beteiligungsmöglichkeiten, gemischt mit
Vorträgen, Ausstellungen, Fachtagungen,
fachlicher Austausch, Beratungen im
Jugendhilfeausschuss

2003 Beschlüsse JHA und Rat über Verfahren zur
Beteiligung inkl. Bereitstellung finanzieller und
personeller Ressourcen

April 2004 Besetzung Vollzeitstelle

April 2004 Beschluss JHA zur kooperativen
Leitbildentwicklung (Nds.)

September 2004 erste Jugendforen in den
Stadtteilen

Ende 2005 Beschluss Leitbild, Veröffentlichung
Broschüre (s.pdf unter www.nordhorn.de)

2006 Realisierung erster Jugendplätze

Juni 2006 Etablierung Zentrales Jugendforum

September 2007 erster Bericht des zentralen
Jugendforums im JHA

*Oktober 2007 Ideenwerkstatt musl. Mädchen
anschl. Kunstprojekt Städt. Galerie*

2007 Deutscher Kinderpreis, 2. Platz für system.
Kinder- und Jugendbeteiligung

2008/2009 Errichtung div. Jugendplätze,
Schülervertretungstreffen, Entsendung von Teiln zum
Europäischen Kindergipfel u.a.

2010/2011 Neustrukturierung der Jugendarbeit ,
Aufbau von Stadtteilteams, Konzentration auf 3
Jugendforen-Schulbezirke

Vor Beschlussfassung der Gremien

1. Gespräche mit politischen Jugendverbänden;
„Verbündeten“
 2. Ausstellung
 3. Veranstaltungen mit auswärtigen Dozenten, insbes.
Klausurtagung Jugendhilfeausschuss („*Der Prophet gilt
nichts im eigenen Land*“)
- div. Praktiker eingeladen, aber auch theoretischer
Diskurs: z.B. Dr. Deinet
4. Notwendige Auseinandersetzung mit überkommenen
Systemen: *In der Jugendarbeit darf es keinen
Denkmalschutz geben*

Handlungsmaximen

Handlungsmaximen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
nach §22e NGO in der Stadt Nordhorn

Finanzielle Ressourcen:

18.000 Euro Verwaltungshaushalt=
Entscheidungskompetenz Jugendforen

25.000 Euro Vermögenshaushalt,
Entscheidungskompetenz zentrales
Jugendforum

Personelle Ressourcen:

zusätzliche Vollzeitstelle Soz.päd.

Räumliche Ressourcen - ausreichend vorh.

Neu nach Neustrukturierung

- Bereitstellung von je 10 000 € für die drei großen Sozialräume
Entscheidungskompetenz Stadtteilteams

- **Zusätzliche Mittel:**

- 41 %	JF Nord	4000€
- 33 %	JF Mitte	3200€
- 26 %	JF Süd	2600€
-	Entscheidungskompetenz Jugendforen	

Was ist neu?

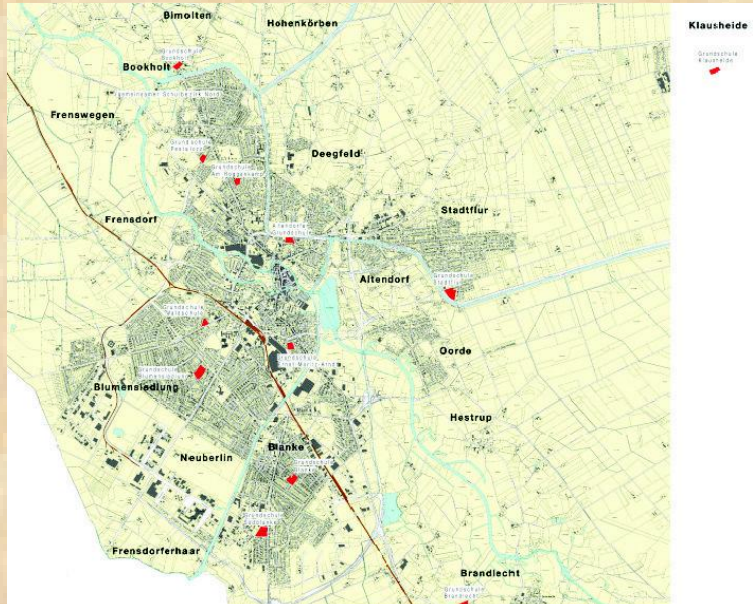
JF Nord

JF Mitte

JF Süd

JF Klausheide

JF Brandlecht



Zentrales Jugendforum

NEU , nun gebildet aus:

je 5 Vertreter/-innen aus den drei großen Jugendforen

je 2 Vertreter/-innen aus eingemeindeten Vororten/Dörfern

=====

19 Jugendliche im Zentralen Jugendforum , gewählt für
zwei Jahre

Information an alle Mitarbeiter/-innen in
der Verwaltung

Spezielle Informationen und
Fortbildungen für Mitarbeiter/-innen der
Abteilungen

- öffentliche Flächen inkl.
Grünflächenplanung
- Schulverwaltung
- Stadtentwicklung

Enge Kooperation im
Kulturbereich, insbesondere
Stadtbibliothek, Ausstellungen,
Aktionen, begleitet von Material-
Bücherausstellungen für
Fachkräfte

Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Chancen und Grenzen

**Prof. Dr. Ingrid Burdewick
Hochschule Emden/Leer
Fachbereich Soziale Arbeit und
Gesundheit**



Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Chancen und Grenzen



Aufbau des Vortrags:

- ❖ Gründe und Ziele für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen
- ❖ Chancen und Grenzen für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen
- ❖ Fazit



Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Ziele

1. Partizipation als Heranführung an die (traditionelle) Politik
2. Partizipation als Modus der sozialen und politischen Integration von Kindern und Jugendlichen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse
3. Partizipation als stärkere Berücksichtigung von Kindern und Jugendlichen mit ihren spezifischen Interessen

Prof. Dr. Ingrid Burdewick



Partizipation als Heranführung an die (traditionelle) Politik

Grenzen:

- ❖ Es werden nur bestimmte Jugendliche erreicht (Beispiel gender)
- ❖ Strukturen der Erwachsenenpolitik schrecken eher ab
- ❖ Vielfalt der Partizipationsformen wird oftmals nicht erfasst

Chancen:

- ❖ Festigung des Selbstvertrauens durch die Mitwirkung in einem Partizipationsmodell
- ❖ Gesteigertes Engagement für die Belange von Gleichaltrigen
- ❖ Erweiterung von Handlungsmustern

Prof. Dr. Ingrid Burdewick

Partizipation als Modus der sozialen und politischen Integration



Chancen:

- ❖ Förderung der Identifikation mit dem Gemeinwesen
- ❖ Partizipation als Erziehung zur Demokratie

Grenze:

- ❖ Mangelnde Unterscheidung zwischen Politik und Pädagogik

Prof. Dr. Ingrid Burdewick

Partizipation als Anerkennung der spezifischen Interessen von Kindern und Jugendlichen



Grenze:

- ❖ Veränderung der Lebensphase Jugend wird in Bezug auf Beteiligungsrechte nicht ausreichend wahrgenommen

Chance:

- ❖ Rechtliche Verankerung von Partizipation als wichtige Voraussetzung für die Anerkennung spezifischer Interessen

Prof. Dr. Ingrid Burdewick



Fazit

1. Konsequenzen für die Konzeption, Einrichtung und pädagogische Begleitung von Partizipationsmodellen
2. Plädoyer für den Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche

Partizipation von Kindern und Jugendlichen

- Rückblick und aktuelle Entwicklungen -



Prof. Dr. Waldemar Stange

stange@uni.leuphana.de

Überblick

3

A. Was haben wir geschafft in den letzten Jahren?

- 1. Ausdifferenzierung der Begründungszusammenhänge
- 2. Ausweitung des empirischen Wissens: Forschungsergebnisse zur Kinder- und Jugendpartizipation
- 3. Zum Stand der kommunalen Kinder- und Jugendpartizipation: widersprüchliche Praxis der Beteiligung
- 4. Ausweitung des Konstruktions- und Planungswissens zu Aufbau und formaler Struktur von Kinder- und Jugendpartizipationsmodellen
- 5. Ausweitung der Aktionsfelder der Beteiligung: Orte der Partizipation
- 6. Ausweitung der Gegenstände (Themen) der Partizipation
- 7. Ausdifferenzierung der Handlungs- und Organisationsformen der Partizipation (Grundformen, Strategien, Methoden)
- 8. Wo stehen wir in der Breite bei der Realisierung angemessener Partizipationsniveaus?

B. Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen für die Zukunft

C. Leitmaximen der Kinder und Jugendpartizipation

Focus der Ausführungen: die Kommune und die Schule

Ausgeklammert:

- Beteiligung in den Kernbereichen der Jugendhilfe (KJHG), z.B.
 - Hilfen zur Erziehung (z.B. in der Heimerziehung, bei der Erstellung des Hilfeplanes nach KJHG u.ä.)
 - Familienhilfen, Vormundschaften und Pflegschaften
 - Partizipation in der Jugendhilfeplanung

5

Was haben wir geschafft in den letzten Jahren?

1. Ausdifferenzierung der Begründungszusammenhänge Optimierung der Argumentationsfiguren

Warum Partizipation?

Warum Partizipation? - Begründung 1

Untersuchungen zur
Politikdistanz und
Politikabstinenz von
Kindern und
Jugendlichen

Beispiele:
die Shell-Studien
und
die Bertelsmann-Studie



8

Beispiel aus einem Gemeinderat:



Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist ein fachliches Mittel zur Effizienzsteigerung von Planungsvorhaben!

- Nutzerbeteiligung, Ko-Produktion von sozialen Leistungen (Dienstleistungsansatz der Partizipation)
 - Qualitätsverbesserung von Planung durch genauere Berücksichtigung der Wünsche und Vorstellungen von Kindern und Jugendlichen als Planungsadressaten
 - Kinder und Jugendliche als „Experten in eigener Sache“
- Kinder nicht zu beteiligen an den Maßnahmen, die sie direkt betreffen, ist ein planerischer Kunstfehler!

11

Partizipation nützt dem Gemeinwesen und der Kommunalpolitik!

- Kinder, Jugendliche und ihre Familien als **sensible Seismographen** nutzen: Früherkennung von Problemen und Fehlentwicklungen im Gemeinwesen
- **Belebung**: Positive Impulse für das soziale, kulturelle, wirtschaftliche Gemeindeleben durch Partizipation
- Kinder und Jugendliche sind Teil der **zivilgesellschaftlichen** und **bürgerschaftlichen** Entwicklung
- **Frühe Partizipationserfahrungen** fördern nachweislich Demokratiekompetenz
- **Legitimation** von Politik durch Teilhabe der Bürger
- Kinder- und Familienfreundlichkeit ist ein **positiver Standortfaktor** für Gemeinden und Städte

12

Gewaltprävention

- § Partizipation als Prävention von Gewalt und Vandalismus: Niemand zerstört, was er selbst mit aufgebaut hat!
- § Beteiligungsprojekte reduzieren nachweislich Gewalt und Vandalismus
- § **Beispiele**: Spielplatzuntersuchung der AG der Gartenamtsleiter und schwedisches Schulhofprojekt

Seite 14

Zusammenhang von Partizipation und Lernen

- Partizipation fördert das schulische Lernen insgesamt und allgemein!
- Schulklassen mit hoher Schülerpartizipation haben ein positiveres Lernverhalten (eine bessere Lernhaltung und Lernmotivation, besseres Arbeitsverhalten und leistungsbezogenes Selbstvertrauen - Holtappels 2004, 269)
- Schüler, die sich sozial und zivilgesellschaftlich engagieren, haben eine höhere Bereitschaft, sich durch schulisches Lernen auf den Beruf vorzubereiten! (Perplex-Studie)
- Selbstbestimmungstheorie der Motivation nach Deci/Ryan 1994
 - Streben nach Autonomie
 - Bedürfnis nach sozialer Anerkennung und Zugehörigkeit
 - Bedürfnis nach Selbstwirksamkeit
- Dies alles wird durch Partizipationsprojekte und freiwilliges Engagement in besonderer Weise eingelöst!
- Große Bedeutung der Selbstbestimmung und Partizipation auch für die Werteentwicklung!

Vgl. Elzer 2007, 10 f.

16



Partizipation ist rechtlich geboten!

Vielfalt an rechtlichen Normierungen, die die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vorschreiben:

- internationale Ebene (z.B. UN-Kinderrechtskonvention),
- europäische Ebene (z.B. Europäische Charta der Rechte des Kindes),
- nationale Ebene (z.B. im Grundgesetz, im BGB und SGB VIII / KJHG),
- Länder- und Gemeinde-Ebene (z.B. Absenkung des aktiven Wahlrechtes auf 16 Jahre, Gemeindeordnungen, **Schulgesetze**).

17



2.

Ausweitung des Empirischen Wissens

Forschungsergebnisse zur Kinder- und Jugendpartizipation



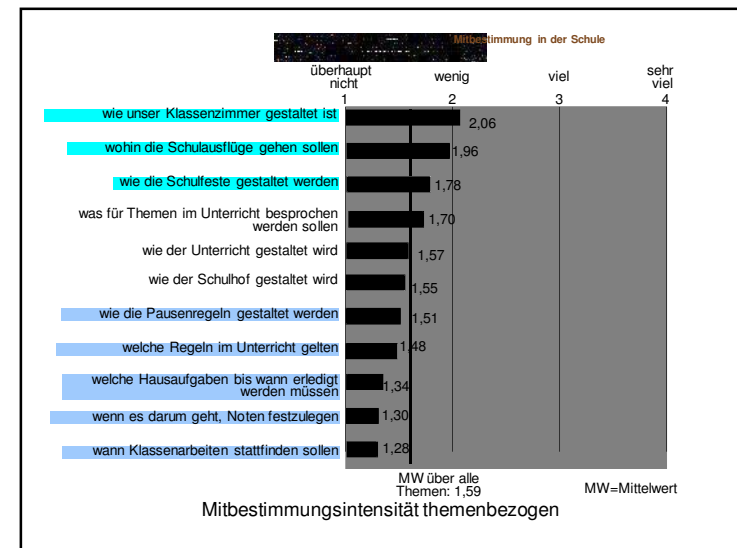
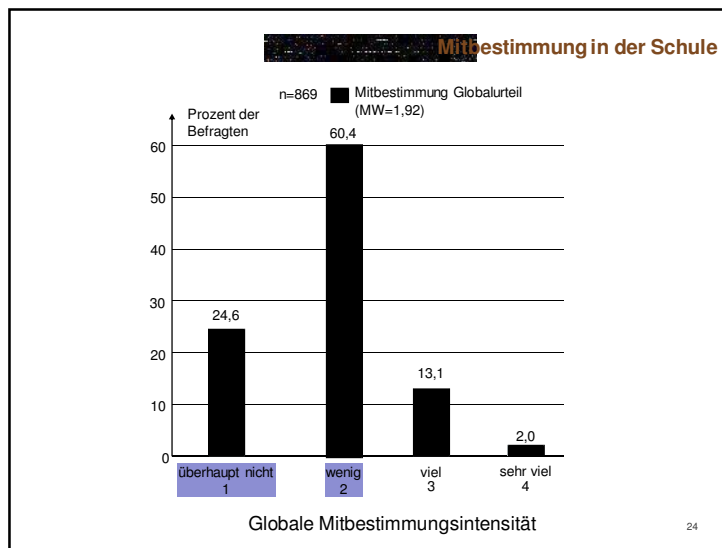
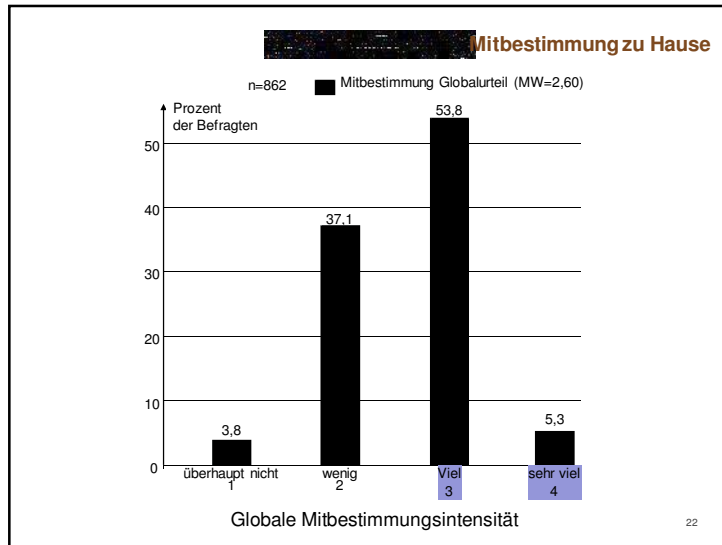
I. Exemplarische Befunde der repräsentativen ZDF-Partizipationsstudie in den unterschiedlichen Lebensbereichen (Kinder im Alter zwischen 8 und 12 Jahren)

19



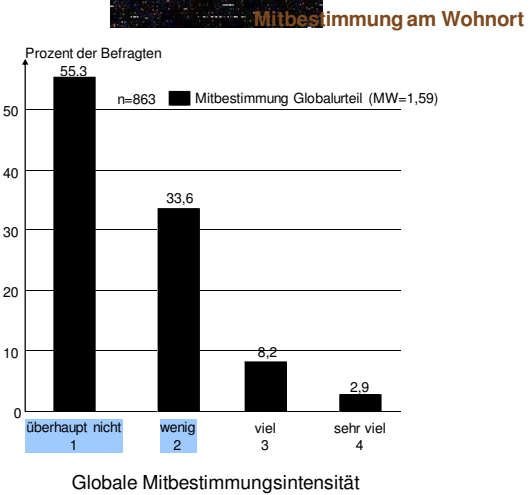
Mitbestimmung zu Hause

21



Mitbestimmung am Wohnort

28



29

Mitbestimmung am Wohnort

	Kenn- nis	Inter- esse	Teil- nahme
	in % der Befragten (bezogen auf 100 Gesamt)		
Mitmachen bei einer Hilfsaktion oder einem Projekt für Kinder oder andere Menschen	37,2	27,7	20,7
Mitgestalten eines Jugendtreffpunkts, eines Jugendzentrums	46,5	33,6	17,4
Mitarbeit in einem Natur- oder Tierschutzverein	35,5	23,6	10,4
Mitmachen bei der Jugendfeuerwehr oder der Ausbildung zum Rettungsdienst	52,2	26,7	10,1
Mitmachen beim Gestalten des Schulweges	14,9	10,9	8,2
Mitmachen beim Planen und Gestalten eines Spielplatzes, einer Skaterbahn o.ä.	20,8	15,6	7,7
Mitmachen bei einem Kinder- oder Jugendforum/Kinder- oder Jugendparlament	12,6	7,0	3,2
Mitmachen bei einem Kinderstadtplan	5,6	3,3	2,1
Durchschnitt	28,1	18,5	10,0

Themenbezogen Mitbestimmungsintensität

30

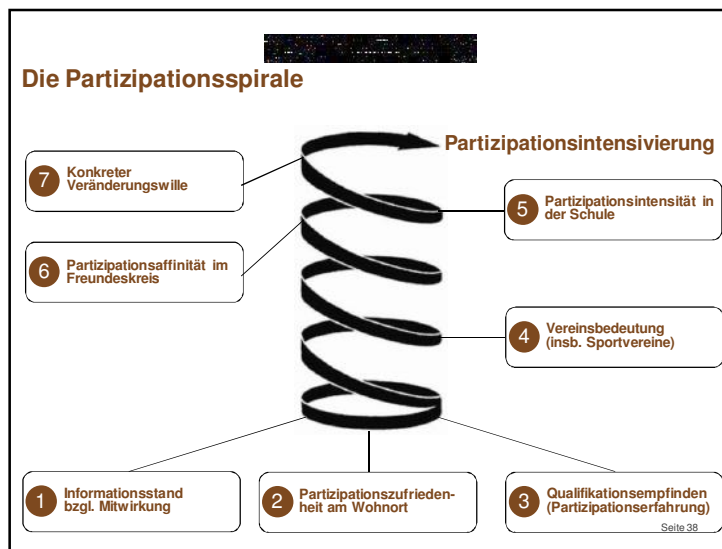
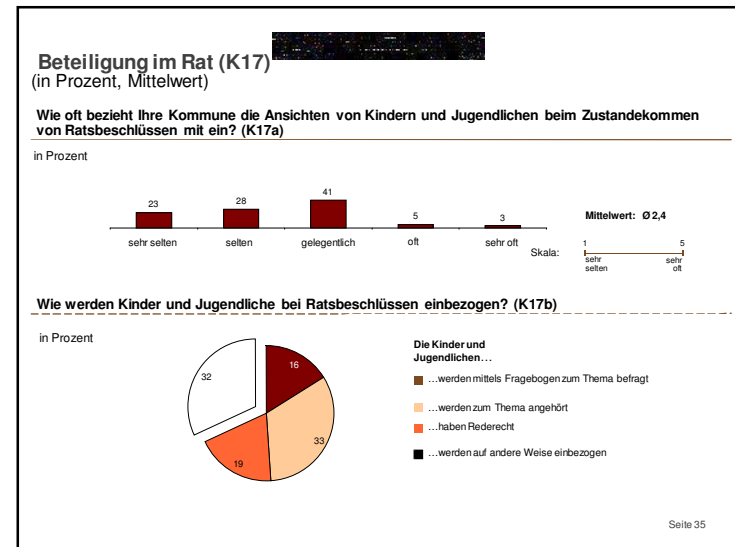
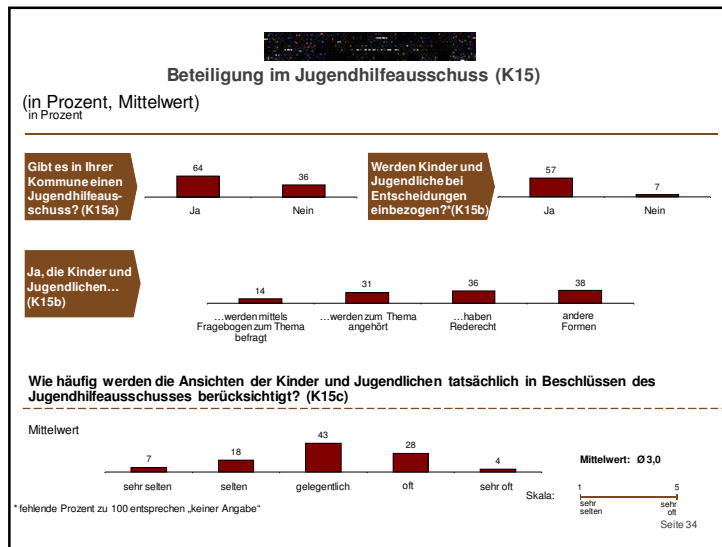
Kurzhinweis: Empirische Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung

„mitWirkung! - Initiative zur Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung



Themenfelder: Zuhause, Schule, Kommune

31



3. Zum Stand der kommunalen Kinder- und Jugendpartizipation:

Widersprüchliche Praxis der Beteiligung

Einerseits:

- Kinderbeteiligung ist **kein** wichtiger kommunaler Politikbereich.
- In den Kommunen gibt es **kaum** Beteiligungskultur und Alltagspartizipation.
- Alles in allem: Entwickelte und ernst gemeinte Partizipation von Kindern ist die **Ausnahme** statt die Regel!
- Für Kinder fehlen in der Breite die vielfältigen „Lernorte für Demokratie“.

40

- Kinder und Jugendliche werden noch nicht als **Träger eigener Rechte** gesehen.
- Die Rahmenbedingungen für Kinderpartizipation sind schlecht entwickelt und schränken die Weiterentwicklung ein:
- Es gibt kein in sich geschlossenes, ganzheitlich angelegtes **Gesamtkonzept** der Partizipation bzw. der Kinder – und Jugenddemokratie für alle Ebenen und Situationen.

41

Widerstände

§ Es gibt häufig versteckte Widerstände und Vorbehalte in Politik und Verwaltung gegenüber der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen



Partizipation soll nichts kosten

§ Das Demokratiesystem der Erwachsenen lassen diese sich sehr viel Geld kosten (Wahlen, Parteien, Gremien, Verwaltung). Wenn dieses Demokratiesystem der Erwachsenen organisatorisch, finanziell und personell auf dem Niveau des Demokratiesystems der Kinder und Jugendlichen unterstützt würde, wäre die Demokratie mautlos! Im Übrigen: Auch sagt dort ja kein Mensch: Wir brauchen eine Straße, aber sie darf nichts kosten!

1

Ernstcharakter

- Der Ernstcharakter von Partizipation ist weitgehend nicht gesichert!
- Die Erwachsenen sind zurzeit nicht bereit, zu teilen und in den anstehenden Fragestellungen ein Stück weit Macht und Entscheidungskompetenzen abzugeben!
- Statt Ernstcharakter herrschen oft genug symbolische Beteiligung und Instrumentalisierung vor!

Mangelnde strukturelle Verankerung – Verbindlichkeit – mangelnde Umsetzung der Rechtsgrundlagen

- Es gibt zwar eine Fülle von Rechtsvorschriften – von der internationalen und europäischen Ebene über die Ebenen des Bundes, der Länder und Gemeinden.
- Dennoch ist es bislang – trotz einiger Erfolge im pädagogischen Bereich – überhaupt nicht gelungen, Kinder- und Jugendbeteiligung strukturell in Städten und Gemeinden auf der Ebene der Verwaltung und politischen Institutionen nachhaltig und flächendeckend zu verankern und zu institutionalisieren – sei es durch Beschlüsse, Satzungen, Richtlinien u.Ä.
- Es fehlt eine ausreichende Übertragung von Verantwortung, Kompetenzen, Finanzen u. Ä. auf Kinder und Jugendliche.
- Die vorhandenen Beteiligungsstrukturen sind nur dürtig mit dem kommunalen Politik- und Verwaltungssystem verbunden. Eine echte Verzahnung findet nicht statt.

Andererseits:

Vielfalt an Modellprojekten und „best practice“

- Beteiligung im Freizeitbereich, z.B. beim „klassischen“ Beteiligungsfall der Spielraumplanung
- Beteiligung bei schwierigen politischen Aushandlungsprozessen: etwa bei Leitbild-Prozessen zur „Kinderfreundliche Gemeinde“ wie in Köln bis hin zur umfassenden Beteiligung von Jugendlichen an der Landesplanung wie z.B. im schleswig-holsteinischen Projekt „Zeitsprung“ oder der Partizipation an „Sozialforen“ und Bürgerhaushalten
- Beteiligung an anspruchsvollen kommunalen Planungsgebieten der Stadtplanung, Stadtentwicklung, Stadtteilsanierung

45

- Punktuell, aber leider nicht in der Fläche, gibt es auch beeindruckende Partizipationsbeispiele in **Schulen**
- Beteiligung in der Kinder- und Jugendhilfe, z.B. beim Hilfeplan in den Hilfen zur Erziehung
- Sogar Partizipation beim Neubau einer Kinderklinik
- Großes Zielgruppen-Spektrum: Mädchen, Jungen, Migranten, Aussiedler, behinderte Kinder usw.

46

Große Transfer- und Entwicklungsprojekte

- DBJR: Projekt P
- BLK– Programm „21“ – Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (bis 2004)
- Schule: BLK– Programm „Demokratie lernen und leben“
- Nationaler Aktionsplan

47

Forschungsprojekte, Evaluationen von Partizipation

- Evaluationsprojekt BMFSFJ / Deutsches Jugendinstitut (Franziska Wächter/Claudia Zinser)
- Die BLK – Programm „Demokratie lernen und leben“ (Evaluation: Deutsches Institut für Internationale pädagogische Forschung)
- UNICEF – Schweiz
- Bertelsmann–Untersuchung
- ZDF – Untersuchung

48

Was bedeuten solche erfolgreichen Praxis- und Modell- und Forschungsprojekte?

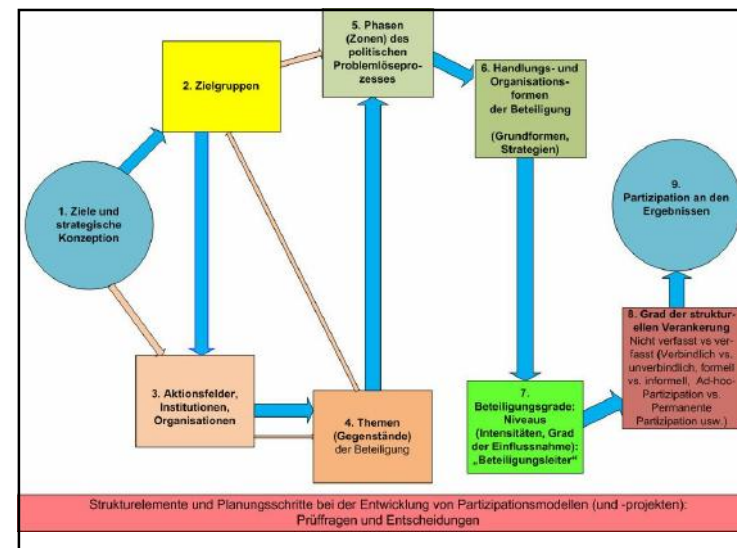
- Die Vielfalt der spannenden farbigen Praxisprojekte zeigt uns, „**dass** es geht“!
- **Wichtig:** Wir wissen faktisch **bereits jetzt alles** Erforderliche über geeignete Beteiligungsformen und -strategien, über geeignete Themen und ein breites Spektrum an Methoden.
- Wir wissen also genau, „**wie** es geht“.
- Es gibt keinen zu geringen Wissens- und Erkenntnisstand, kein Praxisdefizit, kein didaktisches Angebots- und Methodendefizit, sondern offenbar nur ein **Einstellungs- und Handlungsdefizit** auf Seiten der Erwachsenen!
- Wir Erwachsenen müssen uns in dieser Frage verändern!

50

4. Ausweitung des Konstruktions- und Planungswissens zu Aufbau und formaler Struktur von Kinder- und Jugendpartizipationsmodellen



51



Einige Beispiele zu den Strukturelementen für Partizipationsmodelle:

**Was haben wir geschafft? Wo
stehen wir?**

54

5. Aktionsfelder, Institutionen, Organisationen

Einschränkung der Aktionsfelder
oder offen (keine Begrenzung)

Prüf-Fragen:

2.1. örtlich

Soll das Beteiligungsmodell nur für
Kinder und Jugendliche bestimmter
Gemeinden, Stadtteile usw. gelten?

2.2. institutionell und organisationsbezogen

Soll das Beteiligungsmodell nur für
bestimmte Einrichtungen oder
Organisationen gelten?



55

3. Aktionsfelder der Beteiligung: Orte, an denen Partizipation stattfindet

- Schulen
- Kindertagesstätten
- Jugendzentren, Jugendfreizeitstätten,
Kinderkulturrhäuser
- Stadt und Stadtteil, Dorf
 - öffentlicher Raum: z. B. Einkaufszonen, Wohnumfeld, Spielraum
(Spielplätze, beispielbare Stadt)
 - Wohnsiedlungen
 - Nahräume / Nachbarschaft
 - informelle Gruppen und Cliquen im Freizeitbereich
- Vereine (insb. Sportvereine), Kinder- und Jugendverbände
- kommunale Verwaltung und politische Institutionen / Gremien (insb.
solche für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Bauleitplanung usw.)
- Jugendamt, Jugendhilfeplanung, Jugendhilfeausschuss
(Unterausschüsse von Jugendlichen) usw.



56

Demokratischer Alltag in Kindertagesstätten



57

Schulen fehlen noch weitgehend im kommunalen Partizipationsportfolio

- § Ein modernes Verständnis von Bildung und Schule ist aber beteiligungsorientiert.
- § Prozesse der inneren und äußeren Öffnung von Schule (z.B. durch Kooperationsvorhaben Kommune-Schule) sind zu befördern.
- § Lokale Partizipationspolitik kann nur mit den Schulen gelingen!

Bertelsmann Stiftung / Öik / Roth: Mehr Partizipation wagen. Handlungsempfehlungen für Kommunen. Gütersloh 2007

58



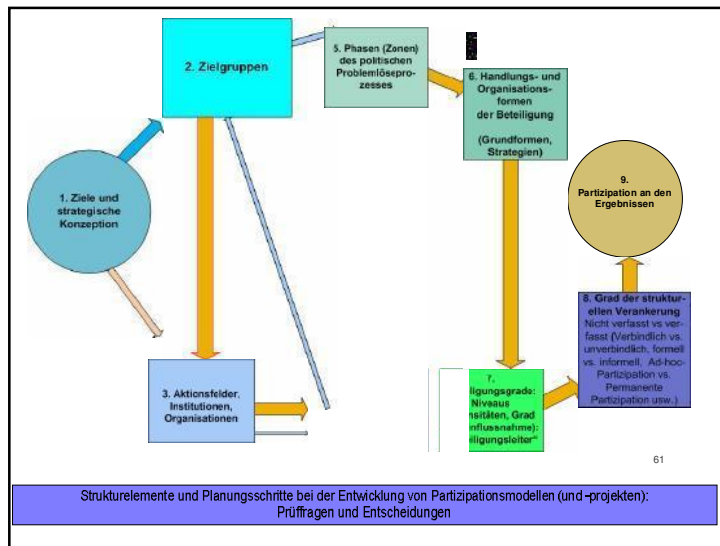
6. Themen (Gegenstände) der Beteiligung

Thematische Eingrenzung oder offen (keine Begrenzung)

Prüffragen:

Soll das Beteiligungsmodell nur für bestimmte Themen gelten?
Für welche genau?
Oder soll das Themenspektrum vollkommen offen sein?

60



61

Gegenstände (Themen) der Beteiligung: in der Kommune

- Freizeitthemen (einschließlich institutioneller Freizeitangebote, z. B. von Sportvereinen)
- naturnahe Umgestaltung des Umfeldes von Kindertagesstätten und Jugendzentren
- Stadtplanung, Stadtentwicklung, Bauleitplanung, Stadtteilsanierung, Soziale Stadt usw.
- Wohnumfeldgestaltung, Spielraumplanung (Spielplätze, Spiellandschaften, beispielbare Stadt, Spielleitplanung)
- kindgerechter Wohnungsbau
- Verkehrsplanung
- Dorferneuerung, kinderfreundliche Dorfentwicklung



Noch ein Desiderat: Bürgerschaftliches Engagement von jungen Menschen

- § Bürgerschaftliches Engagement als Brücke zu politischen Beteiligungsformen nutzen
- § Bürgerschaftliches Engagement fördern und systematisch mit kommunalen Beteiligungsstrategien verknüpfen



Bertelsmann Stiftung / Olk / Roth: Mehr Partizipation wagen. Handlungsempfehlungen für Kommunen. Gütersloh 2007

63

- Übernahme zivilgesellschaftlicher Aufgaben, gemeinnütziges und bürgerschaftliches Engagement von Kindern und Jugendlichen, soziales Engagement (Engagement für andere). Beispiele aus der Perplex-Studie:

- Ausländerintegration
- Hilfe für Senioren
- Dritte-Welt-Hilfe
- Behinderten-Hilfe
- Hilfe für sozial Schwache
- Umwelt-/Tierschutz



- Weiterhin:

- gemeinnützige Angebote an Nachhilfe und Hausaufgabenbetreuung
- Community Services (wie z.B. Gestaltung eines Kinderspielplatzes)
- Hilfe-Aktionen für Krisengebiete

- Gleichzeitig Thematisierung und Reflexion dieser Erfahrungen im Unterricht i. S. des „Service Learnings“

Vgl. Eikel 2007, S. 9 f.; 23 64

Beispiel: generationenübergreifender Bürgerpark auf einer Ausgleichsfläche



65

Arbeitsgruppe 80plus



66

Öffentliche Präsentation der Arbeitsergebnisse



67

Aber:
Im Hinblick auf die Themen und
Gegenstände wurde auch viel geschafft:
Ausweitung des Themenspektrums

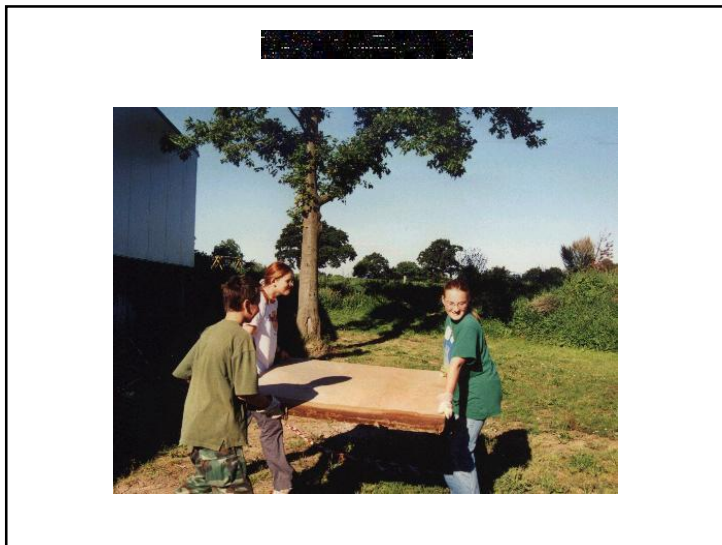
68

Partizipation in der Jugendarbeit und im Jugendhaus



Seite 69





Thema Freizeit und Sport: Beispiel für einen fehlgelaufenen kommunalen Planungsprozess



**Ein Gegen-Beispiel:
Jugendliche bauen ihr „Skateland“ selber**



Beispiel: Gestaltung der Außenanlage einer Kita



75



76

Umfeldgestaltung von Schulen (z.B. Schulhofgestaltung)



Seite 77



78



79



Kunst und Beteiligung: „Grün macht Schule“

80



Beteiligung bei der **Schulbauplanung**, bei **baulichen Veränderungen** der Schule usw.

Seite 81



Stadtplanung, Stadtentwicklung,
z.B. Verkehrsplanung (Radwegeplanung, Schulwegsicherung usw.)

Seite 82

Öffentliches Forum „Kinderfreundliche Verkehrsplanung“ mit Erwachsenen und Kindern



84

Einbeziehung von Kindergartenkindern in ein Verkehrsprojekt der Schule



85

Ein Kinderprodukt zur Verkehrsplanung



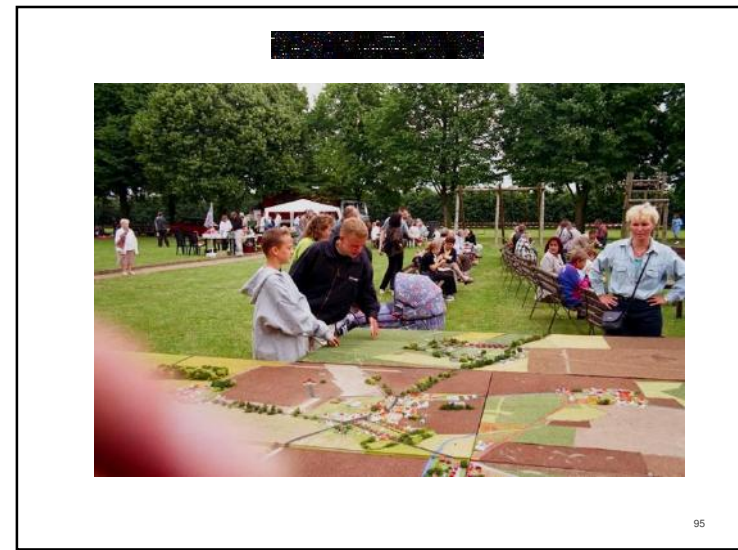
86

Bauleitplanung



Seite 87





Stadtteilmodelle öffentlich zeigen



96



97

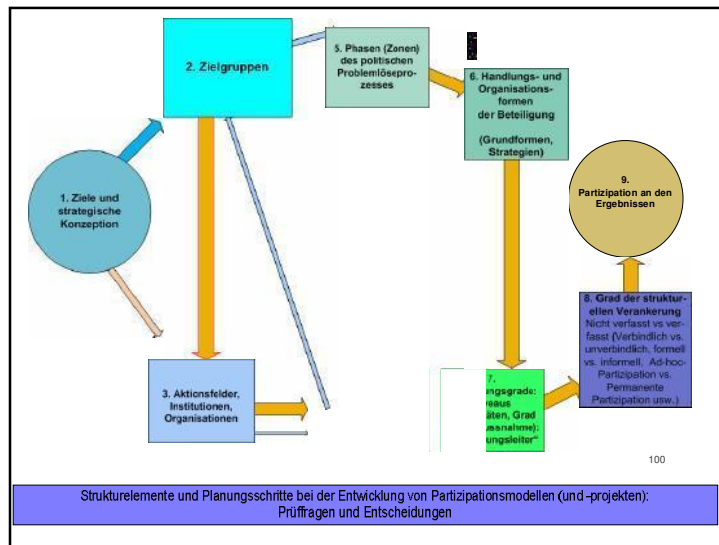
7. Ausdifferenzierung der Handlungs- und Organisationsformen der Beteiligung (Grundformen, Strategien)



- I: Stellvertretene Formen**
- II. Beteiligung an Erwachseneninstitutionen**
- III. Punktuelle Beteiligungsformen**
- IV. Aushandlung und Alltagspartizipation**
- V: Offene Versammlungsformen, Foren**
z.B. Jugendeinwohnerversammlung
- VI. Repräsentative Formen**
- VII. Projektansatz**

Prüf-Frage:
Welche Handlungs- und Organisationsform soll im Beteiligungsmodell im Mittelpunkt stehen? Soll es ggf. einen „Partizipationsmix“ geben?

99



100

1. Stellvertretende Formen der Interessenwahrnehmung von Kindern und Jugendlichen

(Kinder- und Jugend-Interessenvertretung durch Erwachsene: Politik für Kinder und Jugendliche)

Kinder- und Jugendbüros
Kinder- und Jugendbeauftragte
Kinder und Jugendanwälte



2. Beteiligung an den Institutionen der Erwachsenenwelt

- Jugendliche als Teilgruppe in der von Erwachsenen dominierten Stadteilkonferenz im Rahmen der Jugendhilfeplanung
- Mitarbeit von Jugendlichen als bürgerliches Mitglied in Ratsausschüssen



3. Punktuelle Beteiligung: die kleinen Formen (nicht- institutionalisiert bzw. formalisiert)

Beispiele für punktuelle Partizipation in der Kommune:

- Wunsch- und Meckerkasten
- Kinder- und Jugendfragestunde im Rat
- Bürgermeistersprechstunde für Kinder und Jugendliche



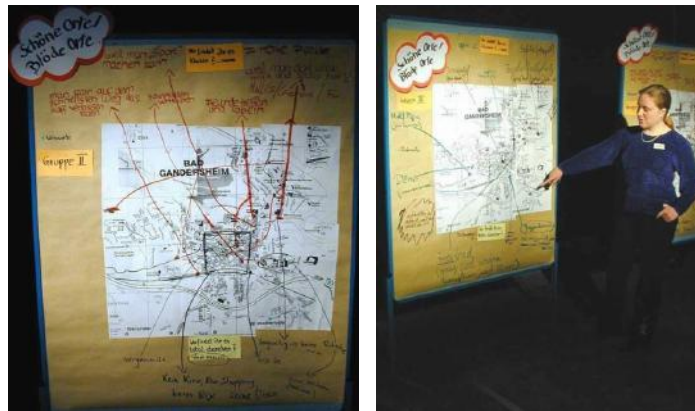
Beispiel einer punktuellen Methode:

Wünsche, Kritik, Vorschläge von Kindern u. Jugendlichen durch Mal- und Zeichenaktionen)

Hier:
Spielplatzplanung durch Grundschüler



Beteiligung von Schülern bei der Sozialraum- und Lebensweltuntersuchung (norwegische Punktmethode)



106

4. Aushandlung und Alltagspartizipation

4.1 Informelle dialogische und alltägliche Formen der Partizipation (z.B. das Nebenbei-Gespräch in der Gruppe, im Verein, im Wohnumfeld, der Morgenkreis im Kindergarten)

4.2 Nonformale, aber stark strukturierte, systematische Aushandlungsverfahren (kommunale Mediationsverfahren, Zukunftskonferenz, Verkehrsforum usw.)



109

5. Repräsentative Formen: Kinder- und Jugendgremien (Interessenvertretungen durch Kinder und Jugendliche selber)



110

Repräsentative, „parlamentarische“ Formen in der Kommune: Kinder- und Jugendparlamente, Kinder- und Jugendbeiräte



Positives Beispiel: die einmal jährlich stattfindenden Tagungen für kommunalpolitisch interessierte Jugendliche (insb. in Gremien) in Niedersachsen¹¹¹

Mitbestimmungsgremien und Räte schon in Kindertagesstätten?



Seite 112



113



114

6. Offene Versammlungsformen

In der Kommune: z.B. Kinder- und Jugendforen, Jugendeinwohnerversammlungen usw.



115

7. Projektorientierte Verfahren der Partizipation

In der Kommune: z.B. Spielplatzplanung durch Modellbau

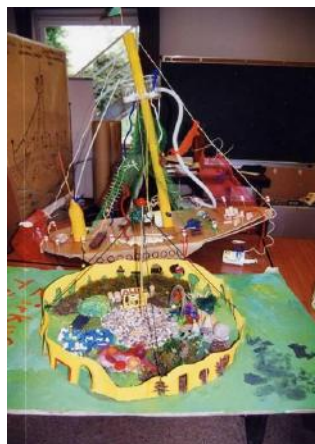


116

In der Schule: z.B. Modellbau bei der Schulhofplanung



117



118

Zum Beispiel: Medienproduktionen



119

Beispiel: Schulbauplanung durch Modellbau



120

Projekt-Ansätze in der Schule

- Community-Services
- Schülerfirmen
 - z.B. Schülerfirmen, die z.B. den Garten pflegen, Fahrräder reparieren oder bei Schulveranstaltungen für das Catering
- Service-Learning

121

Positiver Sachstand bei den kleinen Handlungsformen: sinnliche, motivierende Methoden



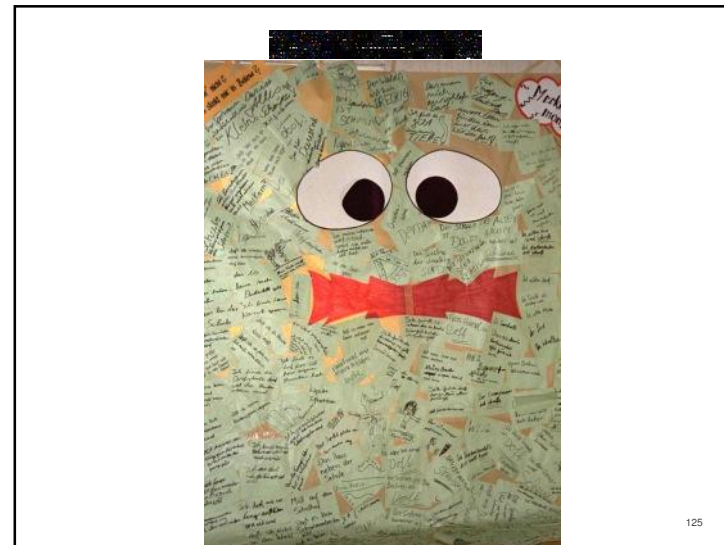
122



123



124



125



126



127



128



129

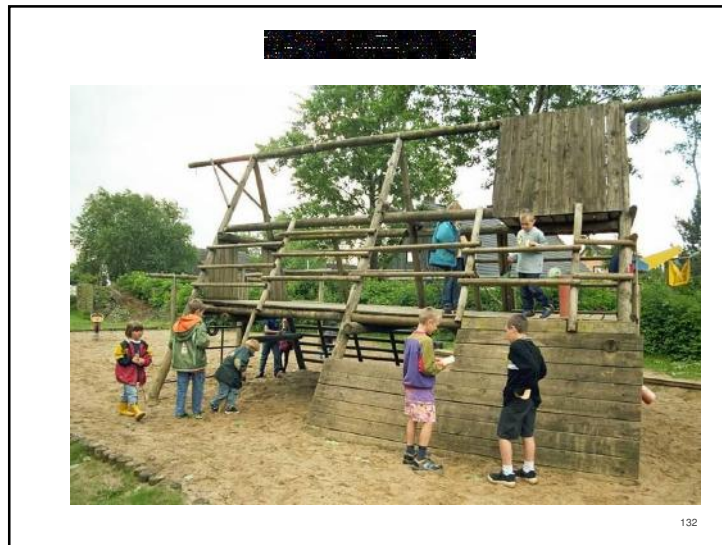
**Spielraumuntersuchungen durch Grundschüler:
Peer – Moderation und Peer-Interview
(Kinder arbeiten mit Kindern)**



130



131

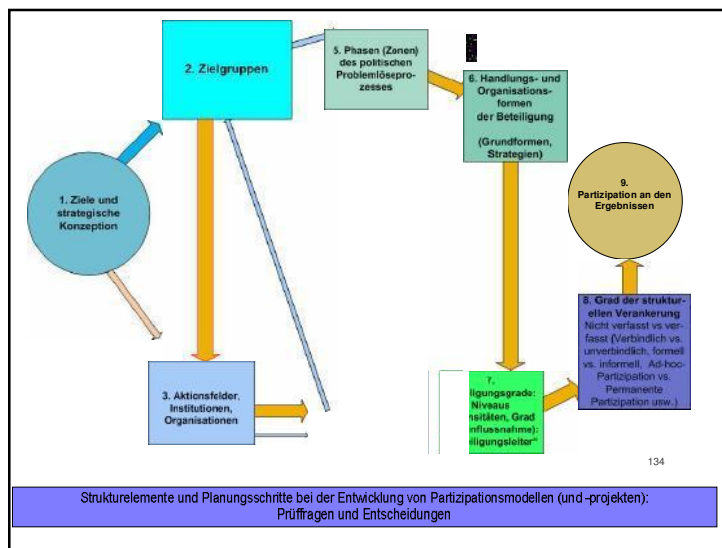


132

7. Wo stehen wir in der Breite bei der Realisierung angemessener Partizipationsniveaus?

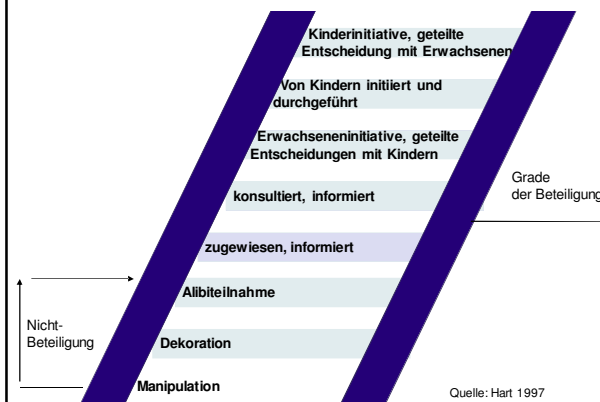
Intensität der Beteiligung bzw. der Grad der Einflussnahme:
„Beteiligungsleiter“ (aufsteigend von wenig bis viel Einfluss)

133



134

Partizipationsleiter



Prof. Dr. Waldemar Stange

26.05.2011 136

„Partizipationsleiter“:

1. Fehlformen	2. Beteiligung	3. Selbstbestimmung
1.3 Alibi – Teilnahme 1.2 Dekoration 1.1 Fremdbestimmung	2.4 Mitbestimmung 2.3 Mitwirkung 2.2 Zugewiesen, informiert 2.1 Teilhabe	3.2 Selbstverwaltung 3.1 Selbstbestimmung

Steigerungsgrad der Selbstbestimmung



Seite 137

Partizipationsniveaus

Intensität der Beteiligung bzw. Grad der Einflussnahme
- „Beteiligungsleiter“ (aufsteigend von wenig bis viel Einfluss) -

1. Teilhabe

- 1.1 einfache Teilhabe (schlichtes Dabeisein ohne Einfluss, integriert sein)
- 1.2 sporadische Beteiligung
- 1.3 zugewiesen, aber gut informiert
- 1.4 Einfluss durch Einzelaktionen
- 1.5 Öffentlichkeit der Prozesse

2. Mitwirkung

- 2.1 Mitwirkungsrechte delegiert an Erwachsene (Politik für Kinder: Gremien, Beauftragte, Anwälte)
- 2.2 Informationsrecht
- 2.3 Anhörungsrecht
- 2.4 Initiativrecht

138

2.5 Aushandlungsrecht (realer Einfluss, aber ohne echte Entscheidungsrechte)

2.5.1 formell (Beauftragung durch Beschluss)

2.5.2 informell (im Alltagssetting)

2.6 Einspruchs- und Beschwerderechte

3. Mitbestimmung

3.1 Mitbestimmung in Erwachsenengremien

3.2 Repräsentative Mitbestimmung: Delegation der Rechte an Kinder und Jugendliche

4. Selbstbestimmung: Basisdemokratische Entscheidungsrechte (direkte Demokratie)

4.1 direkte Demokratie in Versammlungen

4.2 Selbstbestimmung und Selbstverwaltung in eigenen Projekten, Organisationen, Einrichtungen

139

Besonders wichtig auf Stufe 2:

Ernst zu nehmende Beschwerde- und Widerspruchsrechte – entwickeltes Beschwerdemanagement

- Wichtiges Element des Gesamtsystems müssen ehrliche und faire **Einspruchs- und Beschwerderechte** für Kinder und Jugendliche sein.

- Dazu gehört insb. die Entwicklung von **Ombud-Systemen** (Wiederbelebung des Systems der Kinderbeauftragten und der Kinderanwälte und dessen glaubwürdige Umsetzung).



140

Desiderat:

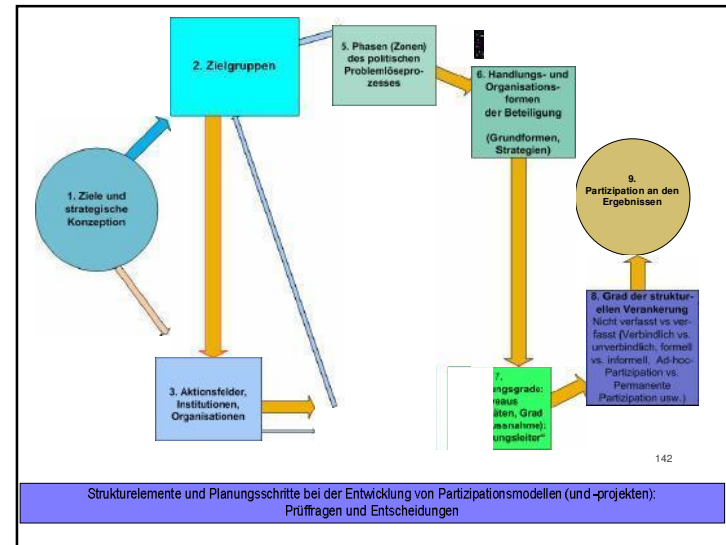


8. Grad der strukturellen Verankerung und Stärke des politischen Mandats

Nicht verfasst vs verfasst
(Verbindlich vs. unverbindlich,
formell vs. informell,
Ad-hoc-Partizipation vs. Permanente
Partizipation usw.)

Prüf-Fragen:

Welcher Grad der strukturellen
Verankerung durch Beschluss,
Satzung usw. soll erfolgen?
Sind Auftrag und Stärke des
Politischen Mandates glaubwürdig
und ausreichend?



B. Schlussfolgerungen Handlungsempfehlungen für die Zukunft (Was ist zu tun?)

Strategische Konzeptionen zur kommunalen Kinder- und Jugend-Demokratie als wichtiger Bestandteil des kommunalen Entwicklungsprogramms

- Einschluss der Kinder- und Jugend-Demokratie als zentrales Element im **Leitbild** der Kommune
- Umfassendes **Konzept** zur kommunalen Kinder- und Jugenddemokratie mit klaren Prioritätensetzungen
- Konkrete Maßnahmen und Projekte aus möglichst allen Aktionsfeldern und Einrichtungen
- Langfristige Zeitplanung: Meilensteine vereinbaren

Starkes kinder- und jugendpolitisches Mandat

- Ernstzunehmender **Stellenwert** der Kinder und Jugendpartizipation in der Kommune
- Eindeutige **Beschlusslage**
- **Beteiligungsgarantien** mit struktureller Verankerung (Beschlüsse, Satzungen, rechtlich und formell ernstzunehmende Verfahren)
- Partizipation als glaubwürdig wahrgenommene **Führungsaufgabe** der Kommunalverwaltung, aber auch als fächerübergreifende Querschnittsaufgabe
- Intelligente Dialektik von **Leadership** und **Partizipation**

145

Ernst zu nehmende Beschwerde- und Widerspruchsrechte – entwickeltes Beschwerdemanagement

- Wichtiges Element auf allen Ebenen des Gesamtsystems müssen ehrliche und faire **Einspruchs- und Beschwerderechte** für Kinder und Jugendliche sein.
 - Dazu gehört auch die Entwicklung von **Ombud-Systemen** (Wiederbelebung des Systems der Kinderbeauftragten und der Kinderanwälte auf der kommunalen Ebene, glaubwürdige Aufwertung der Institution des Vertrauens-, / Verbindungslehrers in der Schule).

147

Prinzipien

- Personalressourcen zur Verfügung stellen für die kontinuierliche Betreuung, Koordination und Pflege des Partizipationsnetzwerkes: Festes Zeitbudget für einen **Partizipationsmanager / Netzwerkmanager** („Partizipationsagent“, „Partizipations-Anwalt“, „Moving Spirit“ usw.)
- Kontinuierliche Betreuung der Kinder und Jugendlichen als auch der Fachkräfte in Partizipationsprojekten und insb. der Kinder- und Jugendbeauftragten durch eine verlässliche **Koordinierungsstelle** (z.B. über die Jugendpflege oder den Stadtjugendring usw.)
- Ernstzunehmendes Budget für alle Angebote der Kinder- und Jugenddemokratie (Beteiligungshaushalt) - **Eigenes Budget** z.B. für Parlamente und Beiräte, Stadtteil-Jugendräte (Mittel zur Durchführung von Veranstaltungen, Schulungen, Förderung von Projekten im Stadtteil)
- Möglichst **eigene Räume** („Geschäftsstelle“) für die Jugendparlamentarier



150

Prinzipien

Lokale Netzwerke für Kinder- und Jugendpartizipation entwickeln

- Die Zusammenarbeit zwischen kommunaler Politik / Verwaltung und gesellschaftlichen Gruppen/Organisationen ausbauen
- Netzwerke bilden (aktive lokale Netzwerke Kinder- und Jugendbeteiligung)
- Abstimmung der Vorhaben zwischen allen beteiligten Akteuren



151

ÖK: Kinder- und Jugendbeteiligung erfolgreich gestalten! Eckpunkte einer kommunalen Gesamtstrategie 08/12/2001

Begleitende Maßnahmen: Fortbildung - Schulung

- Fort- und Weiterbildung für **Erwachsene** aus Politik, Verwaltung und gesellschaftlichen Institutionen
- Insb. Schulung der **Kinder- und Jugendbeauftragten**
- Schulung der **pädagogischen Fachkräfte** und pädagogischen Einrichtungen (Jugendhäuser, Schulen) und Organisationen (Vereine) zum Thema „Partizipation“ (Tagung, Seminare usw.)
- Schulung der **Jugendlichen selber**, insb. der gewählten jugendlichen Gremienmitglieder (Hier gibt es fertige Programme nicht nur für Schülervertretungen, sondern inzwischen auch für Mitglieder von Jugendparlamenten bzw. Schulungen von sog. „Jugend – Moderatoren“)
- zielgruppenadäquate Qualifizierungsformen entwickeln
- **Positives Beispiel: die Prozessmoderatoren-Ausbildungen in Niedersachsen**



Funktionsfähiges Gesamtsystem statt punktueller Maßnahmen

- Wir brauchen ein **Gesamtsystem** der Kinder- und Jugenddemokratie, das eine kindgerechte Interessenvertretung ermöglicht und eine bunte Vielfalt von Strategien und Methoden der Beteiligung kombiniert und niedrigschwellig für unterschiedliche, auch schwierige Zielgruppen konzipiert.
- „Beteiligungsinseln“ sollten vermieden werden

153

C. Leitmaximen der Kinder und Jugendpartizipation



155

- Die **gesamte** Sozialisation von Kindern und Jugendlichen muss von den Leitideen „**Mitbestimmung und Mitverantwortung**“ geprägt sein! Wir brauchen eine **Beteiligungskultur**. Wir brauchen **Alltagsdemokratie**! (Dieter Tiemann)
- Die Rechte der Kinder und Jugendliche sind endlich **in der Breite** zu verwirklichen. Die Übertragung von Verantwortung und Kompetenzen auf sie muss sich dabei an folgenden **Prinzipien** orientieren:

156




- Klare Definition der **neuen Rechte** für Kinder und Jugendliche, aber auch eine ebenso klare Definition der Stellen, an denen Beteiligung **nicht möglich** ist (legitimierbare, transparente **Grenzen** von Partizipation)
- Was allein Sache der Erwachsenen bleiben muss, sollte dennoch immer **transparent** und **überprüfbar** sein.
- Was nur von Erwachsenen und Kindern **gemeinsam** regelbar ist, muss auf **gleicher Augenhöhe** ausgehandelt werden.
- Was Kinder und Jugendliche aber **alleine** können und wollen, ist **ihnen zu übertragen**.
- Insgesamt gilt der Leitgedanke „**Nichts für uns, ohne uns!**“

157



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

158




Prof. Dr. Waldemar Stange
 Rotenbleicher Weg 67,
 RW 120
 21335 Lüneburg
 Fon +49.4131.677-7866
 Fax +49.4131.677-7811
stange@uni.leuphana.de

Weitere Informationen: www.leuphana.de/netzwerk